

Leitbild
Lokale Agenda 21
Charlottenburg-Wilmersdorf

Bericht der AG Leitbild

Stand 25.06.2008

Gliederung

1.	Einleitung: Ableitung (Rio u.a.), Funktion eines Leitbildes	1
2.	Allgemeine Zielsetzungen/Querschnittsthemen	
0.0.	Charlottenburg-Wilmersdorf – Die Identität eines Berliner Bezirkes	2
1.0.	Chancengleichheiten für Männer und Frauen	3
2.0.	Integration, Chancengleichheit und Interkulturalität	5
3.0.	Die Gesundheit fördern	8
4.0.	Menschen mit Behinderung	10
3.	Räumliche Entwicklung	11
4.	Verkehr/Mobilität – Mobilität für Alle – umweltgerecht und stadtverträglich	14
5.	Freiraumentwicklung	17
6.	Soziale Stadtentwicklung	19
7.	Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern	20
8.	Wirtschaft	23
9.	Bildung	25
10.	Kinder- und familienfreundlicher Bezirk	27
11.	Gesund und aktiv den Lebensabend gestalten in einem für alte Menschen lebenswerten Umfeld	28
12.	Energie- und Klimaschutzpolitik – Offen für neue Energie: Selbst erzeugen, intelligenter verwenden, weniger verbrauchen*	28

1. Einleitung: Ableitung (Rio u. a.), Funktion eines Leitbildes

Mit dem BVV-Beschluss Drucksache Nr. 90/2 vom 21.02.2002 wurde das Bezirksamt aufgefordert, für die zuvor sehr „sektoral“ und „parzelliert“ erscheinende Arbeit ein gemeinsames Dach zu finden. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die aus folgenden Personen bestand: Hr. Graf zu Lynar (Leitung), Hr. Laase, Fr. Müller (Soz), Hr. Wolframm (Jug), Hr. Sorge (Bau). Wegen der großen Themenbreite kamen hinzu: Hr. Metzger, Fr. Rabe, Fr. Tank, Hr. Eisel (Fin), Fr. Höhle (Wi). Die Arbeitsgruppe hat achtmal getagt und den nachfolgenden Entwurf eines Leitbildes für den Bezirk vorgelegt. Alle Festlegungen wurden im Einvernehmen getroffen.

Die Lokale Agenda 21, die als nachhaltige und globale Strategie in den 90er Jahren Politik, Gesellschaft und Verwaltung stark beschäftigte, ist über die gegenüber konkretisierten Diskussionen um den Klimawandel, die demografischen Entwicklung und andere Fragen der Zukunft getreten, in der Mitte der Gesellschaft angelangt. Die thematische Breite, die sich aus den drei „Blöcken“ Ökonomie, Soziales und Ökologie zusammensetzt berührt viele andere gesellschaftliche Themenstellungen. Die Arbeitsgruppe hat sich, um eine gewisse Einheitlichkeit im Land Berlin herzustellen, im Wesentlichen an den Themen, der Gliederung und dem methodischen Vorgehen der Berliner Lokalen Agenda - „Berlin zukunftsfähig gestalten“ - orientiert.

Zu dem Begriff „Leitbild“ gibt es zahlreiche Definitionen. Die Arbeitsgruppe hat den erarbeiteten Entwurf für das Leitbild nicht als institutionelles (für das Bezirksamt) sondern als ein kommunales (längerfristig gültige Globalziele für den Bezirk, verbunden mit Normen und Prinzipien) verstanden. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von Leitbildern für Bezirke, Kommunen, Regionen (Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg) usw. Nicht alle sind auf den Lokale-Agenda-Prozess zurück zu führen, gelegentlich spielt auch das Stadtmarketing eine entscheidende Rolle.

Da, wo es sinnvoll und möglich war, wurden seitens der AG anschließend an das jeweilige Leitbild Ziele und Maßnahmen formuliert, so dass das Leitbild für die jeweiligen Themen prinzipiell dem folgenden Schema folgt: Problemaufriss - Leitbild - Ziele - Maßnahmen. Nach Auffassung der Arbeitsgruppe sollte das Leitbild im nachfolgenden Prozess in teilräumlicher Hinsicht ausdifferenziert und weiterentwickelt werden. Die AG schlägt vor, im weiteren Fortgang der Bürgerinformation und der Teilhabe der Bevölkerung sowie der unterschiedlichen Akteure an der Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Leitbildes einen angemessenen Stellenwert einzuräumen.

Am 08.06.2006 hat das Abgeordnetenhaus von Berlin die Berliner Lokale Agenda als Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses verabschiedet. Sie umfasst sieben Handlungsfelder: Gestaltung des sozialen Lebens, bürgerschaftliches Engagement, Verkehr und Mobilität, Berlin in der märkischen Landschaft, Energie und Klimaschutzpolitik, Wirtschaften und Arbeiten und Bildung für die Zukunft, für die jeweils Herausforderungen und Leitbilder entwickelt wurden. Ziel ist die Umsetzung der Maßnahmen bis spätestens zum Jahr 2030. In einigen der Handlungsfelder ist Charlottenburg-Wilmersdorf bereits besonders aktiv, z.B. bei der Förderung des bürgerlichen Engagements, bei der Gestaltung des sozialen Lebens in der Stadt oder der nachhaltigen Gestaltung des Verkehrs. Insofern dienen die Handlungsfelder der bezirklichen Orientierung, die vor Ort konkret umgesetzt werden müssen. Dazu bietet sich die Bearbeitung in Teilzielen an, wie z.B. mit dem Runden Tisch Klimaschutz

oder dem Stadtteilmanagement Mierendorffplatz. Es ist wünschenswert, dass weitere Initiativen entstehen.

2. Allgemeine Zielsetzungen/Querschnittsthemen

2.1. Charlottenburg-Wilmersdorf – Die Identität eines Berliner Bezirks

Die Struktur Charlottenburg-Wilmersdorfs und die Lebensqualität im Bezirk sind geprägt von der rasanten großstädtischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreichs zwischen 1880 und 1915. In dieser Zeit entstanden das Straßennetz, die Plätze und Parks, die innerstädtische Wohnbebauung, die meisten öffentlichen Gebäude, die S- und U-Bahn. Es entstand auch die City-West, die von privatem Engagement geprägt wurde und mit kommerziellen, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen urbane Funktionen erhielt und damit die traditionelle, eher von staatlichem Engagement geprägte Berliner Mitte ergänzte. In den zwanziger Jahren entstanden außerhalb der Ringbahn moderne Wohnsiedlungen. Unter dem NS-Regime wurde das stark vertretene, sozial und kulturell besonders aktiv engagierte jüdische Bürgertum vertrieben oder ermordet. Viel Bausubstanz wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Starke Beeinträchtigungen erlitt das Stadtbild auch durch stadtplanerische Entscheidungen der Nachkriegszeit, die dem damaligen Leitbild der autogerechten Stadt verpflichtet waren. In den achtziger Jahren besann man sich wieder auf historisch entstandene urbane Qualitäten und rekonstruierte mit denkmalpflegerischem Anspruch den öffentlichen Raum und viele Gebäude. Unmittelbar nach dem Fall der Mauer geriet der Bezirk kurzzeitig ins Hintertreffen, da die alte Berliner Mitte das Hauptinteresse beanspruchte. Die Rolle der westlichen City Berlins wird zwar kritisch diskutiert, aber rund um den Breitscheidplatz und den Kurfürstendamm, am Olympiastadion, am Messegelände oder in der Spreestadt mit dem KPM-Quartier beweisen große Investitionen das wiedererwachte Interesse und das Vertrauen in die Zukunft des Bezirks. Einige Bausünden wie das alte Kudamm-Eck oder der Autotunnel am Breitscheidplatz wurden bereits korrigiert.

Heute ist Charlottenburg-Wilmersdorf geprägt durch eine große Vielfalt und durch einzigartige städtische Qualitäten: Der Bezirk strahlt vielerorts eine Atmosphäre der Gelassenheit und Gediegenheit aus. Das etwas höhere Durchschnittsalter der Bevölkerung, die immer noch erstaunlich gut funktionierende Mischung von Wohnen und Cityfunktionen, die große Zahl gut gepflegter Altbauten, die wiederentdeckte und gepflegte Tradition der öffentlichen Plätze und Parks, die originellen kulturellen Institutionen und die große Vielfalt der gastronomischen Angebote ergeben eine unschlagbare Mischung, die sowohl für die Bevölkerung im Bezirk als auch für Besucherinnen und Besucher faszinierend ist. Gesamtstädtische und überregionale Funktionen haben das Messegelände mit dem ICC, das Olympiastadion mit der Waldbühne, der Medienstandort um den RBB, der Wissenschaftsstandort um TU und UdK und die City-West. Die Wohnformen reichen von Großsiedlungen wie Charlottenburg-Nord über kleinstädtische Ortsteile wie Schmargendorf oder Eichkamp, gutbürgerlichen Siedlungen wie das Rheingauviertel oder Neu-Westend und innerstädtische Kieze wie Klausenerplatz bis zu großbürgerlichen Wohnbauten am Kurfürstendamm und Villensiedlungen wie Westend und Grunewald. Auffällig ist das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihren Kiez. Umbau- und Neubaupläne werden kritisch begleitet. In vielen Geschäftsstraßen vertreten die Anlieger ihre Interessen gemeinsam.

Bei der insgesamt positiv einzuschätzenden Lage kann das Leitmotiv für die bezirkliche Stadtgestaltung lauten: Mit Sinn für die historisch gewachsenen Strukturen eine behutsame Weiterentwicklung ermöglichen, wobei die geglückte Balance zwischen Wohnqualität und touristischer Attraktion erhalten bleibt.

2.2. Chancengleichheit für Frauen und Männer in Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Gleichstellung von Frauen und Männern hat Fortschritte gemacht. Berliner Frauen haben ein höheres Bildungsniveau, die Anzahl der Frauen in Führungspositionen hat zugenommen, Frauen sind in Charlottenburg-Wilmersdorf häufiger als in anderen Berliner Bezirken erfolgreiche Unternehmerinnen. Frauen in Berlin stellen die Mehrheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Allerdings sind Frauen eher teilzeitbeschäftigt, Minijobs nehmen zu Lasten der Vollzeitbeschäftigung zu. Frauen erreichen durchschnittlich nur ca. 85 Prozent der Nettoerwerbseinkommen der Männer. Der Arbeitsmarkt ist geschlechtsspezifisch aufgeteilt.

Der Bezirk bietet gute Möglichkeiten der Kinderbetreuung. Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Hortbetreuung ermöglichen Männern und Frauen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Betreuungs-/Bildungsmöglichkeiten sind jedoch noch stärker und flexibler dem Bedarf anzupassen.

Leitbild

Chancengleichheit für Frauen und Männer in Charlottenburg-Wilmersdorf ist bei allen Entscheidungen von Politik und Verwaltung zu fördern, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ist bei allen Vorhaben im Bezirk zu beachten (Gender Mainstreaming).

Alle im Bezirk Lebenden und Arbeitenden setzen sich dafür ein, dass Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindert oder beseitigt werden. Ziele zur Gleichstellung der Geschlechter schließen auch Ziele der Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten sowie von Frauen und Männern mit Behinderung ein.

Leitziele

1. Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen
2. Verbesserung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen und Teilhabe beider Geschlechter an allen Ebenen des Arbeitsmarktes
3. Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
4. Chancengleichheit in der Stadtplanung
5. Förderung einer öffentlichen Auseinandersetzung über Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Familie und im öffentlichen Raum sowie entsprechende Beratungs- und Hilfsangebote
6. Förderung einer geschlechterdifferenzierenden Gesundheitsplanung

7. Gezielte geschlechtsspezifische Förderung der Selbstorganisation in verschiedenen Lebenslagen und Altersstufen
8. Gendergerechter Bildungsprozess in der Volkshochschule City West

Maßnahmen

- Förderung von Frauen in Führungspositionen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, z. B. durch Auslobung des Preises FiV - Frau in Verantwortung
- Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Mädchen und Jungen an technischen, sozialen, pädagogischen und gesundheitsorientierten Berufen durch geschlechtssensible und geschlechtergerechte Jugendarbeit (Beispiel: girls day)
- Unterstützung von Gründerinnen und Unternehmerinnen, Beispiel: UCW - Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf
- Flexible Kinderbetreuung, Vorbild: Betriebskindergarten in der und für die Verwaltung
- Gleichberechtigung durch geschlechtergerechte Partizipation bei der Stadtplanung z. B. durch die Beteiligung des Frauenbeirates Stadtplanung
- Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen zum 25. November, dem internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“
- Förderung einer Jugendarbeit, die beiden Geschlechtern gerecht wird und Chancengleichheit verbessert, z. B. durch sowohl geschlechtshomogene Angebote als auch Angebote in Jugendfreizeiteinrichtungen für beide Geschlechter

2.3. Integration, Chancengleichheit und Interkulturalität

Einleitung

Die Geschichte Berlins ist seit der Ankunft der französischen Hugenotten vor ca. 300 Jahren immer durch Prozesse von Migration und Integration von Zuwanderern geprägt gewesen. Dies gilt gerade auch für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Zu den ersten Bürgern, die in der 1705 von dem preußischen König Friedrich I. gegründeten Stadt Charlottenburg ihre Häuser bauten, gehörten die „Kammertürken“ Ali und Hassan.

Ende der 1920er Jahre wiesen Charlottenburg (20.130) und Wilmersdorf (13.887) - nach dem Bezirk Mitte (23.727) - die höchsten Ausländeranteile an allen Berliner Bezirken auf. Die meisten stammten aus Mittel- und Osteuropa. Besonders zahlreich vertreten waren zu Beginn der 20er Jahre die russischen Emigranten, die sich rund um den Kurfürstendamm in kurzer Zeit eine eigene soziale und kulturelle Infrastruktur („Charlottengrad“) organisierten. Auch für Studierende aus Japan, China, der Türkei, dem Iran und der arabischen Welt war das Leben in Charlottenburg - nicht zuletzt aufgrund seiner Nähe zur Technischen Universität - in den 20er Jahren sehr attraktiv.

Da inzwischen Menschen aus weit mehr als 100 Nationen in Charlottenburg-Wilmersdorf leben, ist das Alltagsleben gegenwärtig noch weit mehr als in der Weimarer Republik durch sprachliche und kulturelle Vielfalt geprägt. Auch im Wirtschaftsleben des Bezirkes, besonders im Bereich des Handels und der Gastronomie, spielen Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund eine immer wichtiger werdende Rolle.

Die Herkunftsländer der Migrantinnen und Migranten sind sehr heterogen. Von den 57 807 ausländischen Staatsangehörigen, die gegenwärtig im Bezirk leben - was 18,6% der Wohnbevölkerung entspricht - stammen 34,4 % aus den Mitgliedsländern der EU, 12,4 % aus der Türkei und fast die Hälfte aus den „übrigen Gebieten“, unter denen die asiatischen Länder (16,7 %) und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (10,9%) die wichtigsten Herkunftsregionen darstellen.

An der Schülerschaft des Bezirkes haben die Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache im Schuljahr 2006/7 einen Gesamtanteil von 30,2 % (Grundschulen: 35,3% - Hauptschulen: 53,3% - Realschulen: 40,5 % - Gesamtschulen: 29,1 % - Gymnasien: 18 %).

Leitbild

Charlottenburg-Wilmersdorf fühlt sich einer historischen Tradition von Weltoffenheit und Toleranz verpflichtet. Der Bezirk bekämpft soziale und kulturelle Ausgrenzungstendenzen und betreibt in allen Bereichen eine aktive Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik. Das Ziel ist eine internationale Bürgergesellschaft, die durch eine Vielfalt von kulturellen Lebensstilen und die aktive Partizipation aller Bewohnerinnen und Bewohner an den sie betreffenden Angelegenheiten gekennzeichnet ist. Die Integrationspolitik von Charlottenburg-Wilmersdorf betrachtet die Eingliederung von Migrantinnen und Migranten als einen wechselseitigen Prozess, dessen Erfolg nicht allein von den Ressourcen und Kompetenzen der Einzelnen abhängig ist, sondern auch von der Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft. Daher weist sie der Förderung eines interkulturellen Dialogs und der wechselseitigen Akzeptanz im Prozess der Integration einen großen Stellenwert zu.

Der Bezirk geht davon aus, dass es sich bei der Integrationspolitik um eine Querschnitts- und Gesamtsteuerungsaufgabe handelt und betont ihre politische Bedeutung durch Ansiedlung auf der obersten Verwaltungsebene (Bezirksbürgermeisterin).

Das Bezirksamt versteht sich als eine interkulturell ausgerichtete Verwaltung, in der ebenso Toleranz und Weltoffenheit wie die Gleichstellung der Geschlechter zu den Maßstäben des Verwaltungshandelns gehören.

Leitziele

0. Förderung der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten in allen gesellschaftlichen Bereichen (Bildung, Beruf, Wohnen, Freizeit, politische Partizipation)
1. Gleichberechtigte Teilhabe von Jungen und Mädchen aus Migrantenfamilien an allen Ausbildungs- und Berufsfeldern und allen beruflichen Förderungsmaßnahmen
2. Gleichberechtigter Zugang von Migrantinnen und Migranten zu den öffentlichen Dienstleistungen durch interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste

3. Förderung des friedlichen Miteinanders und des konstruktiven Umgangs mit kultureller und religiöser Vielfalt durch interkulturelle Kommunikation und interreligiösen Dialog
4. Förderung der Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten und ihrer Partizipation an den bezirklichen Entscheidungsinstanzen und Entscheidungsprozessen
5. Vernetzung der Integrationsarbeit und der interkulturellen Arbeit der Freien Träger

Maßnahmen

- Strategisches Management der interkulturellen Öffnung des Bezirksamtes durch eine Steuerungsgruppe
- Gezielte Personalentwicklung in der Verwaltung, z.B. durch Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Förderung des Zugangs von Migrantinnen zu Führungspositionen in Verwaltung, Wirtschaft und Politik
- Verbesserung der interkulturellen Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter durch regelmäßige Weiterbildungsmaßnahmen
- Einrichtung eines Interkulturellen Begegnungszentrums (IBZ) im Bezirk
- Förderung der Interkulturellen Öffnung der Altenhilfe
- Zielgruppenorientierte Sprachförderung für Neu- und Alzugewanderte, besonders für Mütter
- Verbesserung der Sprach- und Bildungsförderung und der interkulturellen Elternarbeit in Kindertagesstätten und Schulen
- Entwicklung von differenzierten, zielgruppenorientierten beruflichen Integrationsmaßnahmen für Erwerbslose mit Migrationshintergrund

2.4. Die Gesundheit fördern

Einleitung

Aus der Erkenntnis, dass es unabdingbar notwendig ist, eine ganzheitliche Sichtweise von Gesundheit als Bestandteil und Resultat unserer Umwelt- und Lebensbedingungen zu verfolgen, trat der Bezirk 1991 dem Gesunde Städte-Netzwerk Deutschland bei. Darüber hinaus besteht das Bewusstsein, dass die Städte allein nicht die adäquaten Leistungen erbringen können, sondern die globale Herangehensweise notwendig ist. Das Konzept der gesunden Stadt ist der Prozess als solcher und nicht nur sein Ergebnis. Die Stadt im Gesunde Städte-Netzwerk ist nicht eine Stadt, die ein bestimmtes gesundheitliches Niveau erzielt hat, sondern die Stadt macht die Gesundheit zu ihrem Anliegen und strebt nach ihrer Verbesserung.

Die WHO definierte 1946 Gesundheit mit dem Zustand des vollständigen physischen, psychischen und sozialen Wohlbefinden. 1977 deklarierte die WHO Gesundheit als grundlegendes Menschenrecht und verabschiedete die Strategie „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ für alle Länder. Die Ottawa-Charta von 1986 richtet sich eindeutig an die Industrienationen. Aufgrund der starken internationalen Bewegung initiierte die

WHO nationale Netzwerke. 1989 entstand das nationale Gesunde Städte-Netzwerk. 1998 wurde das Dokument „GESUNDHEIT 21 - Die Politik ‚Gesundheit für alle‘ für die Europäische Region der WHO - 21 Ziele für das 21. Jahrhundert“ verabschiedet.

Mit entscheidend für Gesundheitsförderung/Öffentliche Gesundheit ist der ökologische Aspekt. Auch die nachfolgenden internationalen Konferenzen zur Gesundheitsförderung betonen „Umweltschutz und Gesundheitsförderung sind voneinander abhängig und gehören untrennbar zusammen“. Sie stellen die Gestaltung der gesundheitsförderlichen Lebenswelten und die Globalverantwortung als vorrangiges Ziel heraus.

Leitbild

Die ‚International Healthy Cities Conference‘ in Athen 1998 hatte u.a. das Schwerpunktthema: Pläne und Strategien zu formulieren für eine ‚WHO - „Gesundheit für alle“ - Politik im 21. Jahrhundert mit der Notwendigkeit der Implementierung der (Lokalen) Agenda 21. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Healthy-Cities-Arbeit an den Prinzipien und Strategien der „Gesundheit für alle“ und der „Agenda 21“ orientiert.

Die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg fasste 1991 als erste Berliner BVV den Beschluss, dem Gesunde Städte-Netzwerk beizutreten. Mit der Fusion des Bezirkes Wilmersdorf ist jetzt Charlottenburg-Wilmersdorf Mitglied im Netzwerk. Die Mitgliedschaft spiegelt die Basis für Gesundheitsförderung als gesamtpolitisches Anliegen und verstärkter Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger wider.

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zielt mit dem Leitbild einer „Gesunden Stadt“ auf eine lebendige, zukunftsorientierte Stadt, die für Bürgerinnen und Bürger eine lebenswerte Lebenswelt darstellt. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) orientiert seine Arbeit am Programm des Gesunde Städte-Netzwerkes und an den Grundsätzen von Public Health: „Fortschritte und Erfolge lassen sich an Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung erkennen. Das heißt u.a. Prävention, Integration, Transparenz, Langfristigkeit“.

Leitziel

Unter dem Blickwinkel der Unteilbarkeit von Gesundheit und Umwelt richtet der Bezirk seine kommunalpolitische Arbeit aus. Gesundheitliche Auswirkungen aller öffentlichen Planungen und Entscheidungen finden Beachtung. Präventions- und ressourcenorientierte Politik ist eine Investition für die Zukunft. Entsprechend der Sozialstruktur verschiedener Stadtteile ist der Ressourceneinsatz zu gewichten (Ziel: gesundheitliche Chancengleichheit für alle Bewohner gleichermaßen). Abgestimmtes Vorgehen aller politischen Fachressorts zur Umsetzung gesundheitsrelevanter Planungen und Entscheidungen. Vernetzung mit Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Der Bezirk orientiert sich an den Kriterien „Bekanntheitsgrad - Erreichbarkeit - Zugänglichkeit“ als Basis einer breitgefächerten Gesundheitsförderung. Wichtig ist dabei eine aktive Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung ihrer Lebens- und Umweltbedingungen.

Maßnahmen

Für Charlottenburg-Wilmersdorf sind hier zum Beispiel zu nennen:

- Die Arbeit des Gerontopsychiatrischen Verbundes
- Initiierung von Projekten der Suchtprävention, insbesondere für Jugendliche
- Förderung der Gesundheit von manifest Drogenabhängigen
- Stärkung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements, hierzu gehören die Selbsthilfe, ehrenamtliche Arbeit, Nachbarschaftshilfe
- Gestaltung des sozialen Lebens, Förderung der Solidarität, Interkulturelle Öffnung
- Sozialraumorientierte Stadtteilkonferenzen
- Förderung des bezirklichen Bündnisses für Arbeit und Wirtschaft in Zusammenarbeit mit regional ansässigen Firmen
- Präventionskampagnen für Freier zum Schutz der sexuellen Gesundheit
- Initiierung von Maßnahmen zur Förderung von Bewegung von Kindern und Jugendlichen
- Initiierung und Unterstützung von Projekten zur Verbesserung der Ernährung von Kindern

2.5. Menschen mit Behinderung

Das Land Berlin unternimmt große Anstrengungen, um Menschen mit Behinderung ein gleichberechtigtes Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. 1992 verabschiedete der Senat die „Leitlinien zum Ausbau Berlins als behindertengerechte Stadt“, 1999 wurde das Gesetz zu Artikel 11 der Verfassung von Berlin verabschiedet, 2003 erklärte der Senat den Beitritt zur Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“. Der bezirkliche Beirat für die Angelegenheiten der Menschen mit Behinderung verabschiedete im Dezember 2003 die Konzeption „Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf und die Menschen mit Behinderung“. Diese Konzeption legte das Bezirksamt der BVV zur Kenntnisnahme vor.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gab es am 31.12.2005 im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf 29.852 anerkannte Schwerbehinderte, d.h. Menschen, die wegen einer oder mehrerer Behinderungen einen Antrag beim Versorgungsamt gestellt hatten und denen ein Grad von Behinderung ab 50 aufwärts zuerkannt wurde. Hinter dieser Zahl steht noch eine Dunkelziffer. Zum Teil machen Menschen keinen Gebrauch von einem Antrag auf Anerkennung ihrer Schwerbehinderung, zum anderen gibt es die Praxis des Versorgungsamtes, Menschen im höheren Lebensalter wegen „altersbedingter Verschleißerscheinungen“ einen geringeren Grad der Behinderung zuzuerkennen.

Die Gremien und Organisationen der Menschen mit Behinderung lehnen zunehmend die Fokussierung ihrer Forderung nach Barrierefreiheit sowie Begrifflichkeiten wie „behindertengerecht“ oder „behindertenfreundlich“ ab, sondern orientieren stärker auf „Design für Alle“. Bauwerke, Verkehrsmittel und Produkte des täglichen Bedarfs sollen an ihrer Zugänglichkeit bzw. Nutzbarkeit für alle Menschen gemessen werden. Bestehende und kommende Normen zum barrierefreien Bauen sollen Orientierung auf das allgemeine Ziel geben.

Die BVV hat das Bezirksamt durch Beschluss verpflichtet, bei allen relevanten Baumaßnahmen den Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderung einzubeziehen. Barrierefreiheit, also ungehinderte Zugänglichkeit und ungehinderte Nutzbarkeit für alle Menschen, ist anzustreben für:

- den öffentlichen Raum: Straßen, Parks
- Dienstgebäude der Behörden des Landes Berlin einschließlich der Bezirksämter (Vorbildwirkung)
- Verkehrsmittel
- Geschäfte und gastronomische Einrichtungen, die der Allgemeinheit offen stehen
- kulturelle Einrichtungen
- Gesundheitseinrichtungen (Arzt- und Zahnarztpraxen, Krankenhäuser, physiotherapeutische Praxen u. ä.)

Die **Aktion „Berlin - barrierefrei“** des Landesbeauftragten und der Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderung ist ein Mittel, die Geschäftswelt zu dem Bekenntnis zu bewegen, dass ihnen alle Menschen, auch Menschen mit Behinderung, willkommen sind. Im Bezirk sind mittlerweile 15 Betriebe mit Plakette und Urkunde ausgezeichnet worden. Die Aktion soll weiter fortgeführt werden. Weiterhin ist an eine **gemeinsame Aktion mit dem Management einer Geschäftsstraße** (z. B. Wilmerdorfer Straße) gedacht, innerhalb eines überschaubaren Zeitraums alle öffentlich zugänglichen Betriebe barrierefrei zu gestalten.

3. Räumliches Leitbild für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf

Analyse

- **Bevölkerung**

In der Bevölkerung des Bezirks vollzog sich in den 90er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrzehnts ein Wandel. Die Einwohnerzahl schrumpfte von 1991 bis 2004 um mehr als 6 %. Seit 2005 gibt es wieder leichte Bevölkerungsgewinne.

Verändert hat sich auch die Zusammensetzung der Bevölkerung. Gegenüber 1991 verminderte sich der Anteil jüngerer Menschen unter 35 Jahren von 39 % auf 32 % im Jahr 2007, während die Zahl der Bürgerinnen und Bürger im mittleren und höheren Alter im gleichen Zeitraum von 61% auf 68% anstieg. Zugenommen hat auch die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, deren Bevölkerungsanteil sich von 14% im Jahre 1991 auf 19% im Jahre 2007 erhöhte.

Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur (z.B. Einkommenshöhe, Haushaltsgröße, Altersaufbau, Einwohnerzahl oder Ausländeranteil) haben aber in der Regel mittelfristig restriktive Auswirkungen auf die Wohnfolgeeinrichtungen (Einzelhandel, Gastronomie) und somit auf die Qualität des Wohnumfeldes. Sie haben ebenso Folgen für die Auslastung der vorhandenen sozialen Infrastruktur. So könnte sich theoretisch ein Rückgang oder eine Umstrukturierung der Bevölkerung auch entlastend auf die defizitäre Versorgung mit sozialer Infrastruktur und Freiflächen in diesen Gebieten auswirken, demgegenüber können zunehmende Unterauslastungen auch zum Schrumpfen der Angebotsvielfalt führen. Die Entwicklung der Einwohnerzahl muss also immer im Zusammenhang mit weiteren städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Parametern gesehen werden, die für den jeweiligen Bereich des Bezirks von Bedeutung sind.

In Charlottenburg-Wilmersdorf ist seit 2004 wieder eine positive Entwicklung bei den Geburtenzahlen festzustellen. Ob darin eine nachhaltige Trendwende oder nur eine kurzfristige Schwankung zu sehen ist, bleibt abzuwarten und bedarf der Beobachtung.

- **Wohnen**

Im Bezirk gibt es eine Vielzahl von Wohngebieten mit unterschiedlichster Ausprägung. Diese reicht vom hoch verdichteten innerstädtischen Geschosswohnungsbau über Einfamilienhausgebiete bis zu der Villenbebauung im Grunewald.

- **Zentren- und Nutzungsstruktur**

Eine kleinräumige Nutzungsmischung zwischen Wohnen, Dienstleistung und Handel ist in verschiedenen Bereichen gefährdet oder findet nur eingeschränkt statt. Die vor allem seit 1989 einsetzenden Veränderungen haben in einigen Teilgebieten des Bezirkes städtebauliche Prozesse mit erheblicher Dynamik ausgelöst, die eine Steuerung erfordern, während andere Teilgebiete - zumindest hinsichtlich ihrer städtebaulichen/baulichen und funktionalen Situation - eher stabil bleiben (vor allem die überwiegend durch das Wohnen geprägten Gebiete, in die keine tertiären Nutzungen drängen).

Besonders betroffen von den Veränderungen sind die City-West und die Villenkolonie Grunewald (Ausbreitung von tertiären Nutzungen) sowie bisherige Gewerbe- und Bahnflächen (Ausbreitung von großflächigem Einzelhandel).

Leitbild

- Stabilisierung und Entwicklung der sozialen Einwohnerstruktur
- Stabilisierung und Entwicklung der Wohnquartiere
- Sicherstellung der notwendigen sozialen Infrastruktur, der Freiflächenversorgung sowie eines differenzierten Kulturangebotes
- Erhalt und Weiterentwicklung der bezirklichen Zentren- und Nutzungsstruktur

Leitziele

- **Soziale Infrastruktur, Freiflächen, kulturelles Angebot**

Die Erhaltung und die Weiterentwicklung der Einrichtungen der sozialen Infrastruktur entsprechend den Anforderungen aus der oben angesprochenen Bevölkerungsentwicklung sind wesentliche Ziele zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und Qualität der Wohngebiete.

Bei der bezirklichen Freiflächenausstattung kommt der Sicherung und ggf. punktuellen Arrondierung des Bestandes sowie der qualitativen Aufwertung vorrangige Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für die Parkanlagen, aber auch für die größeren Kleingartengebiete.

Die Sicherung des öffentlichen und privatwirtschaftlichen kulturellen Angebotes stellt ein wichtiges Ziel zur Erhaltung der Nutzungsvielfalt im Bezirk, insbesondere in der City dar.

- **Zentren- und Nutzungsstruktur**

Die dezentrale Versorgung mit lokalen Einzelhandels- und Dienstleistungsangeboten in den verschiedenen Wohngebieten des Bezirks ist notwendig zur Sicherung der Wohnfunktion und zur Erhaltung und Entwicklung der verschiedenen Quartiere und ihrer Identitäten.

Die City-West rund um den Bahnhof Zoologischer Garten und den Kurfürstendamm sowie die City-Ost zwischen Alexanderplatz und Friedrichstraße sollen zukünftig als zwei gleichwertige Hauptzentren nebeneinander bestehen.

Maßnahmen

- **Bevölkerung**

Bezüglich der Einwohnerentwicklung muss kleinräumig untersucht werden, welche Bevölkerungsgruppen fort- und welche zuziehen, um ggf. eine unerwünschte Abwanderung zu verhindern. Dazu gehört der Ausbau der Infrastruktur für Familien mit jüngeren Kindern einschließlich Freiraumflächen in verdichteten Wohngebieten.

- **Wohnen**

Die Bestandsorientierung und -pflege in Zeiten stagnierenden Wohnungsneubaus ist daher nach wie vor eine vorrangige Aufgabe zur Erhaltung der vielfältigen Nutzungsmischung und der sozialen Stabilität des Bezirkes. Um die Qualitäten der bestehenden Wohngebiete erhalten und entwickeln zu können, ist eine Steuerung der räumlichen Entwicklung notwendig, z.B. durch Quartiersbeobachtungs- und -betreuungsmaßnahmen und der wohnverträglichen Gestaltung des öffentlichen Raumes. Zur Erhaltung der Identität der unterschiedlichen Wohnquartiere bedarf es der Begrenzung der zunehmenden Tertiärisierung in der Villenkolonie Grunewald zur Bewahrung des Wohn- und Imagewertes des Ortsteils ebenso wie der Sicherung des Wohnanteils in der City und um den Kurfürstendamm zur Vermeidung einer monofunktionalen Nutzungsstruktur.

- **Soziale Infrastruktur, Freiflächen, kulturelles Angebot**

Vor dem Hintergrund zunehmend knapper finanzieller Mittel ist die Einführung alternativer Betreibungs- und Finanzierungsmodelle geboten. Die Standorte sind hinsichtlich ihrer baulich-technischen Ausgestaltung auf einen flexibleren Einsatz für sich wandelnde Nutzergruppen und -bedürfnisse zu überprüfen.

In einzelnen Fällen muss aus demografischen und/oder haushaltspolitischen Erwägungen - nach umfassender Analyse der möglichen bezirklichen Nutzungsalternativen - auch die Aufgabe von unternutzten Standorten der sozialen Infrastruktur in Betracht gezogen werden. Im Falle der Standortaufgabe sind sowohl planerische Bewertungen bezüglich der stadtpolitischen Akzeptanz von möglichen Nachnutzungen

als auch planungsrechtliche Vorgaben bezüglich Art und Maß der vorgesehenen Nutzung unerlässliche Bestandteile der Vergabeentscheidung.

Zur Stützung der Wohnfunktion und der innerstädtischen Lebensqualität ist ein vernetztes System von öffentlichen Grün- und Freiflächen mit differenzierten Erholungsmöglichkeiten und ökologischer Wirksamkeit durch Flächengröße und Zusammenhang von wesentlicher Bedeutung. Die Komplettierung des Systems der Grünzüge und die Sicherung der eingebundenen großen Freiflächen bleibt planerische Priorität.

Die Sicherung des öffentlichen und privatwirtschaftlichen kulturellen Angebotes stellt ein wichtiges Ziel zur Erhaltung der Nutzungsvielfalt im Bezirk, insbesondere in der City dar. Hierbei gilt es, ein spezifisches Profil im Vergleich zu anderen Angeboten in der Stadt und dem Umland zu entwickeln und neben der "etablierten" Kultur auch dezentrale kleinteilige Angebote zu erhalten und zu fördern.

- **Zentren- und Nutzungsstruktur**

Um Verdrängung aus reinen Marktmechanismen zu verhindern, bedarf die schwächere Wohnnutzung des planerischen Schutzes. In gleicher Weise sollen die verbleibenden Gewerbebereiche vor Verdrängung durch Büros oder großflächigen Einzelhandel geschützt werden. Insbesondere in den Gewerbegebieten von Charlottenburg-Nord ist in einigen Bereichen noch eine qualifizierte Standortentwicklung notwendig.

Es bedarf deshalb der Entwicklung spezifischer Zentrenprofile, die durch Qualifizierung des Bestandes der gesamtstädtischen Bedeutung des Gebietes gerecht werden.

4. Leitbild Verkehr/Mobilität

Mobilität für Alle - umweltgerecht und stadtverträglich

Analyse

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Ohne sie würden Gesellschaft und Wirtschaft nicht funktionieren. Die gerechte, gleichmäßige, umweltfreundliche und stadtverträgliche Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse aller (unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, PKW-Besitz, etc.) ist ein hohes Ziel, von deren Erfüllung wir noch weit entfernt sind.

Charlottenburg-Wilmersdorf hat sowohl Innenstadt- (S-Bahnring, Bestandteil des „Hundekopfes“), als auch Villen-, Vorort- und Großsiedlungscharakter (Grunewald, Westend, Eichkamp, Heerstraße, Ruhleben, Charlottenburg-Nord). Entsprechend unterschiedlich sind Verkehrsbedürfnisse und -verhalten. In einigen Bereichen (Klausenerplatz, „Altstadt“ Charlottenburg liegt der Motorisierungsgrad bei unter 300 PKW/1.000 EW (im Bundesvergleich extrem wenig: Hamburg 478 PKW/1.000 EW, München 597 PKW/1.000 EW, Frankfurt/Main 660 PKW/1.000 EW, Stuttgart 680 PKW/1.000 EW; Berliner Durchschnitt 322), in Grunewald, Schmargendorf, Westend, Heerstraße, Eichkamp, Ruhleben liegen die Zahlen bei 400-500 PKW pro Einwohner. Die bezirksinternen Unterschiede lassen sich zum einen mit den kurzen Wegen, dem in der Regel guten, zum Teil hervorragenden ÖPNV-Angebot und der Nutzungsmischung in der Innenstadt (Wohnen, Einkaufen, Arbeiten etc.) begründen: „man

braucht kein Auto“. Dazu kommt die unterschiedliche Bevölkerungs- und Sozialstruktur.

Gerade für den innerstädtischen Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf bedarf es nachhaltiger Lösungen, um die Urbanität, die durch ihre multifunktionale Nutzung geprägt ist, langfristig zu erhalten. Hierzu ist es notwendig, durch Verminderung der Lärm- und Abgasbelastung sowie durch Maßnahmen der Verkehrssicherheit, die Lebens- und Wohnqualität zu erhalten oder zu verbessern und dabei aber auch die berechtigten Interessen von Handel und Gewerbe zu berücksichtigen.

In den 50er-80er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde Verkehrspolitik einseitig als bauliche Förderung des motorisierten Individual- und Güterverkehrs („autogerechte Stadt“) interpretiert. Die Belange von Fußgängerinnen und Fußgängern, von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern, von Nutzerinnen und Nutzern des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) (ausgenommen U-Bahn) spielten keine Rolle oder fanden geringe Beachtung. Die Folgen sind überall in der Stadt und im Bezirk zu sehen und zu spüren: Der massive Ausbau hat städtebaulich gravierende Schneisen in die Stadt geschlagen und die Voraussetzungen für ein starkes Wachstum des motorisierten Individualverkehrs mit gravierenden Folgen für Verkehrssicherheit, Abgas- und Lärmbelastung, Verschlechterungen im Wohnumfeld, Stadtbild und Immobilienwerte geschaffen. Gerade die Innenstadt ist in starkem Maße von „Transit“-Verkehr mit entsprechend hohen Immissionsbelastungen und Barrierewirkungen belastet.

Daher sind gerade die innerstädtischen Quartiere von Wanderungsverlusten der Bevölkerung betroffen. Es wanderten in erster Linie Familien und einkommensstärkere Bevölkerungsschichten ab. Zurück bleiben Ältere, Ärmere, Studierende, Singles und „Urbaniten“. Pointiert gesagt müssen die Anwohner zumindest an den Hauptverkehrsstraßen mit Immissionen leben, die sie nicht selbst, sondern andere, darunter viele „Transitreisende“, die vom Umland in die Stadt zur Arbeit fahren, erzeugen. Bedingt durch Umlandwanderung, wirtschaftlichen Wandel, hohes Angebot an Parkhäusern und -plätzen in der Innenstadt sowie Geschwindigkeitsvorteilen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) gegenüber dem ÖPNV wird generell mit einer weiteren Verkehrszunahme gerechnet. Die letzten Zählungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zeigen aber, dass der Zuwachs z.T. deutlich abgebremst wurde. In der Innenstadt nahm die Fahrleistung an den Hauptverkehrsstraßen zwischen 1998 und 2004 z. T. sogar deutlich ab (über 10 %). Dem steht eine Verkehrszunahme auf dem erweiterten Autobahnnetz (12 %) gegenüber, die sich auch auf unseren Bezirk (Autobahn BAB 100, 111, 115) auswirken dürfte. Im Bereich des ÖPNV gab es leichte Steigerungen, ebenso beim Fahrradverkehr; der Fußgängerverkehr stagnierte entgegen den Erwartungen.

Bei den Folgewirkungen des Verkehrs ist die Entwicklung uneinheitlich (Zahlen jeweils für die Gesamtstadt, 1998-2004 bzw. 1998-2002):

- Luft und Klima etwa gleich (CO₂, Feinstaub; NO₂ leicht rückläufig),
- Verkehrslärm: keine Entlastung an Hauptverkehrsstraßen,
- Verkehrsunfälle: deutlicher Rückgang zwischen 2000 und 2004: Unfälle 15%, Tote 20%.

Die Unterhaltung der Straßen ist aufgrund fehlender finanzieller Mittel jahrelang unterblieben, der bauliche Zustand in Teilbereichen unzureichend.

Leitbild

Die gerechte, gleichmäßige, umweltfreundliche, sichere und stadtverträgliche Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse aller (unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, PKW-Besitz, etc.).

Leitziele

- Entlastung der hoch belasteten Straßen von Durchgangsverkehr
- Förderung der umweltfreundlichen Verkehrsträger (ÖPNV, Fußgängerinnen und Fußgänger, Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer)
- Reduzierung verkehrsbedingter Emissionen
- Verbesserung der Verkehrssicherheit
- Förderung der Stadt der kurzen Wege/Nutzungsmischung

Maßnahmen

- Weiterentwicklung der Parkraumbewirtschaftung
- Bei deutlichen Lärmbelastigungen Tempo 30 nachts im übergeordneten Netz
- Tangentiale Ableitung von Teilen des Durchgangsverkehrs
- Bau/Öffnung noch fehlender Zugänge zu U- bzw. S-Bahnhöfen (z. B. Westkreuz - Rönnestraße, Messe (Nord))
- Stabilisierung/Erhöhung der Erschließungs- und Bedienungsqualität ÖPNV (R-, S-Bahn, BVG)
- Maßnahmen zum Luftreinhalteplan (u. a. Umweltzone im S-Bahnring)
- Förderung des Radverkehr (weitere Angebotsstreifen, Realisierung Haupttroutennetz, Ausschilderung, Abstellmöglichkeiten, bauliche Verbesserungen)
- Förderung der Fußgängerinnen und Fußgänger (Querungshilfen, Lichtzeichenanlagen-Zeiten, Fußgängerüberwege (Zebrastreifen))
- Entwicklung eines sachgerechten Mittelzuweisungsmodells für das bezirkliche Netz
- In besonderen Fällen: Querschnittsänderung bzw. Rückbau überdimensionierter Straßen/Kreuzungen
- Stadtplanerische und wirtschaftsfördernde Maßnahmen (Nutzungsmischung, Bestandspflege Gewerbebestand, etc.)
- Stellplatzobergrenzen-VO
- Abwehr verkehrlich problematischer Vorhaben wie Großmärkte, Discounter
- umweltfreundliche Maßnahmen zur Reduzierung des Parksuchverkehrs bei gleichzeitigem Erhalt der Attraktivität der Einzelhandelsstandorte (z. B. durch Shuttle-Service).
- Ausweitung des Einsatzes emissionsarmer und kraftstoffsparender Kraftfahrzeuge

5. Freiräume und Freiraumplanung

Analyse

Der Bezirk besitzt Grün- und Freiräume mit unterschiedlicher Ausprägung:

- **Innerstädtische Grünräume**

Hierunter zählen alle grünen Stadtplätze und Parkanlagen.

Diese Freiraumeinschlüsse innerhalb bebauter Bereiche sind die gestalterischen, planmäßig mit der Stadtentwicklung (Wilhelminischer Stadtgrundriss, Hobrecht, Terraingesellschaften) geschaffenen Grünräume unterschiedlicher Entwicklungsphasen: die Innenstadtparks des beginnenden 20. Jahrhunderts (Volkspark Wilmersdorf, Lietzenseepark, Schustehruspark, Preußenpark), die Stadtplätze als Schmuckplätze des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts (Savignyplatz, Olivaer Platz), die Gartenplätze der Reformbewegung vor und nach dem 1. Weltkrieg (Mierendorffplatz, Klausenerplatz).

- **Wassergeprägte Räume**

Wasserwege und Wasserflächen der Spree sowie der Havel. Aber auch Kanäle wie Landwehrkanal, Westhafen-, Charlottenburger Verbindungs- und Hohenzollernkanal sowie die Rinne der Grunewaldseenkette. Sie bilden, sofern von der Stadt aus erlebbar, d.h. durch Grünzüge erschlossen, ein wichtiges orientierendes Gerüst im öffentlichen Raum.

- **Landschaftsräume**

Dies sind neben den wassergeprägten Räumen Waldflächen wie der Forst Grunewald mit der angrenzenden Havelniederung (Landschaftsschutzgebiet, z. T. auch Naturschutz- und FFH-Gebiet).

Hauptproblem ist das hohe Versorgungs- und Pflegedefizit bei den öffentlichen Grünflächen. Noch vorhandene Flächendefizite können auf absehbare Zeit mangels Flächenverfügbarkeit und finanzieller Mittel nicht abgebaut werden. Daher finden anstatt von Investitionsmaßnahmen des Bezirks fast durchweg Finanzierungen über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wie z.B. Spreebogen, Goslarer Ufer, Am Salzhafen etc. statt. Hinzu kommt ein Defizit in Pflege und Unterhaltung mit den Folgen Übernutzung, Zerstörung, Vandalismus. Ein weiteres großes Problem besteht aufgrund des Defizits bei der Umsetzung der bezirklichen Grünvernetzung (Schloßgarten→ Lietzenseepark→ Kleingartengelände Westkreuz→ Halensee bzw. Grunewaldseenkette→ Halensee→ Grunewaldsee→ Schlachtensee) und der fehlenden Verflechtung von Landschafts- u. Stadträumen (der Spree- mit der Havelniederung {Grünzug Ruhlleben-Grunewald} aufgrund der Barrierewirkung des Standortes der Polizei, am Olympia-Gelände aufgrund fehlender Zugänglichkeit und Anbindung).

Leitbild

Die Freiräume prägen und strukturieren den Stadtkörper. In vielen Fällen sind sie (einziger) Zeuge der Morphologie und Topographie des Landschaftsbildes vor der menschlichen Besiedlung bzw. der Entwicklung Berlins zur Millionenstadt, in anderen Fällen bemerkenswertes Ergebnis gartenkünstlerischen und sozialreformerischen Gestaltungswillens. Sie erfüllen wichtige Ausgleichsfunktionen für den Naturhaushalt, sind Lebens- und Rückzugsräume für viele, auch seltene Pflanzen und Tiere, Erho-

lungsräume für gestresste Großstädter und identitätsstiftend für Wohnbevölkerung, Beschäftigte und Touristen. Daher werden die bestehenden Freiräume im Flächenumfang erhalten, in der Nutzungs- und Gestaltqualität sowie unter ökologischen Aspekten bedarfsgerecht weiterentwickelt. Lücken in den Grünverbindungen werden geschlossen, Potenziale in noch nicht öffentlich nutzbaren Freiräumen werden erschlossen: Zugänglichkeit wird hergestellt, störende Baulichkeiten beseitigt und störende Nutzungen verlagert. In den letzten Jahren konnten hier bereits einige Defizite abgebaut werden, z. B. auf der Mierendorffinsel, in der Spreestadt, am früheren Kraftwerksstandort (jeweils uferbegleitende Grünzüge), die Konversion ehemals militärisch genutzter Anlagen im Schanzenwald, die Herstellung eines Grünzuges in der Gervinusstraße. Noch in Planung bzw. Arbeit sind u. a. die Ersatzmaßnahmen Stuttgarter Platz und Rupenhorn bzw. die Komplettierung des Uferwanderweges an der Spree.

Leitziele

- Aufwertung der innerstädtischen Wohnquartiere
- Fortführung des Ausbaus des überregionalen Ost-/Westgrünzuges an der Spree (Köpenick - Spandau)
- Fortführung des Grünzuges Lietzensee/Halensee
- Sicherstellung ausreichender finanzieller Basis für die Grünunterhaltung
- Umsetzung des Landschaftsplanes Ruhleben/Murellenberg

Maßnahmen

- Abbau der ökologischen Belastung in der nördlichen Charlottenburger Innenstadt durch Festsetzung des Biotopflächenfaktors (BFF) im Landschaftsplan VII L 6.
- Qualifizierung schlecht ausgestatteter und gestalteter Stadtplätze und Parkanlagen wie z.B. Olivaer Platz, Parkanlage am Fennsee/Sportkomplex Forckenbeckstrasse und Grüngürtel am Olympiagelände.
- Nutzung von Flächenpotenzialen für städtische Grünräume auf ehemaligen Bahnbetriebsflächen, Versorgungseinrichtungen und anderen obsolet gewordene Einrichtungen.
- Unterstützung/Förderung von Bürger-Verantwortung für ihr grünes Umfeld und Einbeziehung von privatwirtschaftlichem Engagement zur Stärkung des Kiezcharakters.
- Fortführung der ausstehenden Grünverbindungen (Spreestadt, Charlottenburger Spreebogen, Am Spreebord und an den Kanälen der Mierendorffinsel).
- Entwicklung und Durchsetzung eines bedarfsgerechten Finanzierungskonzeptes und Aufstellung von Parkpflegekonzepten. Erschließung bzw. Umgestaltung von nicht/schlecht nutzbaren Freiräumen für die Öffentlichkeit.

6. Soziale Stadtentwicklung

Mit Hilfe des gesamtstädtischen „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ wird seit 1997/98 die sozialräumliche Entwicklung Berlins kontinuierlich beobachtet, um im Sinne eines Frühwarnsystems gebietsbezogene Handlungsbedarfe aufzuzeigen. Durch Senatsbeschlüsse zu „Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf - Quartiersmanagementgebiete“ bzw. „Die soziale Stadt - Strategische Neuausrichtung des Berliner Quartiersmanagements“ wurden seit 1999 insgesamt 33 Gebiete ausgewiesen. Keines der ausgewählten Gebiete liegt im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, da dieser im Gesamtvergleich zu anderen Bezirken weniger problematisch erscheint!

In den Stadtmonitoring-Berichten wird jedoch für die Altbaugelände und Sozialwohnungssiedlungen nördlich des Kaiserdamms/Bismarckstraße der „Gebietstyp 4“ ausgewiesen, der durch eine starke Zunahme der sozialen Probleme gekennzeichnet ist. Für das Gebiet um den Mierendorffplatz wird eine Präventionsstrategie empfohlen.

Gemäß BVV-Beschluss zur Drucksache Nr. 1059/2 vom 24.2.2005 wurde das Bezirksamt beauftragt, eine „ganzheitliche Stadtkulturarbeit im Sinne des Programms ‚Soziale Stadt‘“ zu etablieren. Vom Bezirksamt wurde ein Konsens dahingehend erzielt, das Gebiet um den Mierendorffplatz als „Pilotprojekt“ vorzusehen, und hat unter Beteiligung der betroffenen Abteilungen eine Arbeitsgruppe konstituiert, die an der Konzeption „Stadtteilmanagement Mierendorffplatz“ arbeitet. Bei allen Beteiligten besteht Einvernehmen, dass die Bevölkerung möglichst frühzeitig in die Arbeit einbezogen werden muss.

7. Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger

Analyse und Leitbild

Initiativen und Selbsthilfegruppen fördern persönliche Kompetenz zur Veränderung von schädlichem Verhalten und helfen bei der Überwindung von Erkrankungen und Problemen. Die Intensivierung von Gesundheitsförderung und Prävention ist nur durch die ressortübergreifende Zusammenarbeit der Fachressorts mit Freien Trägern, Selbsthilfeeinrichtungen, Initiativen und anderen Partnern und Partnerinnen vor Ort möglich. Dieser Erkenntnis trägt auch die Arbeit der Bezirksverwaltung Rechnung, indem es die Beteiligung der Initiativen an Beratungen und Entscheidungen in seinen Grundsätzen verankert hat.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen ist dabei die Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen. Dies betrifft beispielsweise auch Planungs- und Genehmigungsverfahren im unmittelbaren Umfeld der Anwohnerschaft. Die aktive Einbeziehung der angesprochenen Zielgruppen bei Planung und Durchführung von Maßnahmen verbindet außerdem zwei wichtige Strukturelemente der Verhältnis- und Verhaltensprävention. Hiermit wird bewirkt, dass „Problemgruppen“ durch Beteiligung sensibilisiert und für Strukturentwicklungsprozesse in sog. „Settings“ aktiviert werden. Partizipation kann eine bedarfsgerechte Lebenswelt schaffen.

Charlottenburg-Wilmersdorf bindet bürgerschaftliches Engagement maßgeblich in die Gestaltung bei Entscheidungen und Maßnahmen des Lebensumfeldes ein.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Stadt ist auch das Anliegen zahlreicher engagierter Bürger und Bürgerinnen, Initiativen, Vereine und freier Träger, die durch ihre intensive Beschäftigung mit diesen Themen Wissen und Kompetenz erworben haben. Dieses zu nutzen und einzubeziehen ist demokratisch und vernünftig: hier ist Erfahrungswissen über die unmittelbaren Probleme des Stadtteils vorhanden, Maßnahmen und Aktionen finden mehr Unterstützung und Akzeptanz vor Ort.

Maßnahmen/Handlungen

- ◆ Zur Stärkung der Vernetzung werden Initiativen und Selbsthilfegruppen in die bezirklichen Gremien einbezogen.
- ◆ Die Bezirksverwaltung, andere öffentliche Institutionen und freie Träger schaffen Vernetzungs- und Kommunikationsstrukturen, die eine breite Einbindung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.
- ◆ Die Kommunalverwaltung erhält und fördert die unterstützende Infrastruktur für Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement. Hier bietet sich eine Einbeziehung in die Weiterentwicklung der lokalen Netzwerke an.

Strukturen

Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird Bürgerbeteiligung in viele Arbeitszusammenhänge integriert. Das findet z.B. in formalisierten Gremien und Beiräten statt wie im Psychiatriebeirat, im Migrantenbeirat und im Beirat für Menschen mit Behinderungen. Hier bringen fachkundige Bürgerinnen und Bürger ihre Hinweise und Anregungen zum Verwaltungshandeln ein. Manche sind langfristig institutionalisiert, andere wie der Runde Tisch zum Klimaschutz oder der Fahr-Rat zur Verbesserung der Angebote für den Fahrradverkehr sind aufgabenbezogen.

Ein besonders gelungenes und nachhaltiges Beispiel von frühzeitiger Bürgerbeteiligung ist das Kinder- und Jugendparlament, in dem jüngere Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Anregungen direkt an die Politik herantragen können.

Bürgerbeteiligung als Freiwilligenarbeit ist zudem für viele Aufgabenfelder des Bezirksamtes wichtig: Die Arbeit in den 4 Seniorenclubs könnte ohne die 120 Ehrenamtlichen kaum aufrechterhalten werden, und einige Grünanlagen werden durch Bürgerinnen und Bürger mitgepflegt. In der Initiative FISch - Schüler lernen Verantwortung - wird mit sozialen, kulturellen, umwelt- und sportbezogenen Einrichtungen kooperiert.

Die Bereitschaft, ehrenamtlich tätig zu sein, wird unterstützt, wo immer möglich. So gibt es eine bezirkliche Freiwilligenagentur, die Angebote aus Institutionen und interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger zusammenbringt. Viele Menschen haben Lust, im Grünbereich in ihrer Freizeit tätig zu sein: davon profitieren z.B. die Gartenarbeitsschule und das Ökowerk.

Im Rahmen der lokalen Beschäftigungsbündnisse, insbesondere des bezirklichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit (BBWA), ist explizit die Beteiligung vieler Unternehmen oder Betriebe notwendig, um dem Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und somit der Erwerbslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen entgegenwirken zu können. Die Beteiligung von Verbraucherzentralen und Interessenverbänden

den spielt neben dem Wirtschaftsbereich auch in vielen anderen Bereichen eine bedeutende Rolle. Sie spiegeln sehr oft die Bedarfe betroffener Bürgerinnen und Bürger wider.

Alle Bürgerinnen und Bürger, Fachleute und Experten sind zur Beteiligung von Gesundheits- und Stadtteilkonferenzen aufgerufen - ihr Mitwirken und die Weiterentwicklung von Belangen der Gesundheitsförderung und/oder ihres Stadtteiles ist Bestandteil eines gesundheitsförderlichen Settings im Bezirk. Zur Erreichung und Konkretisierung der Visionen können die bereits praktizierten Zukunftswerkstätten zweckdienlich sein. So stellt der Bezirk Teile des Haushaltes - in einem ersten Projekt aus einem Kiez - zur öffentlichen Debatte und fordert die Bürgerinnen und Bürger auf, Ideen und Veränderungswünsche einzubringen.

Dies dient der Vorbereitung eines Bürgerhaushaltes, für den sich die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt entschieden haben. In drei Einführungsphasen - Information, Konsultation und Rechenschaftslegung - soll dieser dann ab 2010/2011 zum Routineverfahren einer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger werden.

In Stadtteilzentren, Kiezbüros und Kiezbündnissen wird die notwendige kleinteilige Arbeit vor Ort von den Anwohnerinnen und Anwohnern selbst organisiert. Unterstützt und weiterentwickelt wird die Arbeit von lokalen Arbeitsgemeinschaften und vielen Initiativen. Darüber hinaus bietet das Nachbarschaftshaus in der Herbartstrasse Platz für zahlreiche Selbsthilfegruppen und ist Treffpunkt für junge und ältere Menschen. Das Nachbarschaftshaus bietet Beratung, Information und Vermittlung in vielen Fragen des alltäglichen Lebens.

Erfreulicherweise gibt es im Bezirk eine sehr aktive Seniorenvertretung, die sich in viele Bereiche einmischt. In jüngster Vergangenheit tagte erstmals eine Seniorenbezirksvollversammlung (Senioren BVV).

Das vielfältige Freizeit- und Kulturangebot sowohl in den Seniorenclubs als auch in den Kinder- und Jugendeinrichtungen bietet eine aktive Beteiligung für jüngere und ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Öffentliche Einrichtungen können mehrfach genutzt werden, bspw. wenn Schulhöfe, Turnhallen nicht zu Schulzwecken genutzt werden, können sie von anderen Vereinen und Initiativen genutzt werden. Bürgerinnen und Bürger können sich nach vorheriger organisatorischer Klärung an der Nutzung öffentlicher Einrichtungen (z.B. auch Bibliotheken, Hallen, Foyers, Rathaussälen, usw.) beteiligen.

Zur umfassenden Beteiligung der Einwohner an kommunalpolitischen Entscheidungen gehören Einwohnerversammlungen, Bürgerbefragungen, Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Bürgerfragen.

Zu Beginn der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet eine Bürgerfragestunde statt, die im Gesetz „Einwohnerfragestunde“ genannt wird. Frageberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz im Bezirk oder erkennbarem Bezug zum Bezirk (Arbeits- oder Ausbildungsstätte usw.). Sie können während der Bürgerfragestunde persönlich Fragen an die Bezirksverordneten, die Bezirksbürgermeisterin sowie die Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträte stellen.

Das Bündnis „Demokratie jetzt“ will die Vorteile der Demokratie, der freien Meinungsäußerung, der freien Willensbildung und die Möglichkeiten der aktiven eigenen Interessenvertretung sichtbar machen. Seit Jahren mit wechselndem Motto, können unterschiedliche Institutionen, Vereine, Gruppen und Projekte, die sich im Rahmen des Grundgesetzes demokratisch betätigen, auf dem „Marktplatz der Demokratie“ im Bezirk ihre Arbeit vorstellen. Das Bündnis wird von der Kommunalpolitik von Anfang an unterstützt.

8. Wirtschaft

Charlottenburg-Wilmersdorf. Im Herzen Berlins – mehr als Kurfürstendamm

Analyse

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf liegt mit einer Bevölkerungsdichte von 49 EW pro Hektar im Berlin weiten Vergleich im Mittelfeld. Die Bebauungsdichte variiert stark zwischen der belebten City-West und den Erholungsgebieten mit ausgedehnten Grün- und Wasserflächen. Diese Unterschiede stellen den Bezirk wirtschaftlich in ein interessantes Spannungsfeld. Einzelhandel, Beherbergungsbetriebe und Gastronomie sind im Bezirk überdurchschnittlich stark vertreten. Ca. 25% der Betriebe sind dem Einzelhandel zuzurechnen.

Traditionell vereinen sich im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf Einzelhandel (Einzelhandelsfläche im Bezirk ca. 477.000 qm), Kunst, Kultur und Wissenschaft, Gastronomie und Hotellerie und Dienstleistung. Das Flanieren, Verweilen, Einkaufen gehören zum Profil der Region - hier befindet sich einer der wichtigsten Einkaufsboulevards Europas, weltweit ist der Kurfürstendamm bekannt für traditionsreiches Einkaufen. Im Umfeld des Boulevards existieren traditionell zahlreiche kleine Geschäftsstraßen mit jeweils eigenem Profil.

Die Zusammenarbeit der Geschäftsleute in Geschäftsstraßen und deren außenwirksame Auftritte sind im gesamtstädtischen Vergleich überdurchschnittlich zahlreich und organisiert. Eine Dach-Arbeitsgemeinschaft aller Geschäftsstraßen gewährleistet den Austausch und die Vernetzung der Akteure mit weiteren Branchen, Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, Verbänden und Kammern sowie der Politik.

Die Messe Berlin mit dem Internationalen Congress Centrum (ICC) gehört international zu den wichtigsten Messestandorten und gibt wichtige Wirtschaftsimpulse in die Region. Zwei international renommierte Universitäten, die Technische Universität Berlin (TU) und die Universität der Künste Berlin (UdK), ebnen den Weg zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Der Bezirk profitiert vom Wissenschaftsstandort auch mit zukunftsweisenden, innovativen Unternehmensgründungen. Shopping, Kultur und die im bezirklichen Vergleich überdurchschnittlich hohe Konzentration von Gastgewerbe machen den „Tourismus“ zum relevanten Wirtschaftsfaktor.

Die räumlichen Schwerpunkte des produzierenden Gewerbes befinden sich in Charlottenburg-Nord (Saatwinkler Damm/Friedrich-Olbricht-Damm), insbesondere mit den Branchen IuK-Technik, Medien und Pharmazie. Die Branchen Biotechnologie, Pharmazie und Logistik bilden einen Schwerpunkt im Bereich Jungfernheide/Charlottenburger Verbindungskanal (Max-Dohrn-Straße/Lise-Meitner-Straße/Gaußstraße). Ein weiterer Schwerpunkt für das produzierende Gewerbe liegt in Schmargendorf (For-

ckenbeckstraße/Mecklenburgische Straße) insbesondere mit den Branchen Tabakindustrie und KfZ-Gewerbe.

Leitbild

Die traditionelle Vielfalt des Unternehmensspektrums und die Einheit von Wohnen und Arbeiten im Bezirk erhalten und fördern durch Initiativen, Verwaltungshandeln und politischen Gestaltungswillen. Abgewogene Entscheidungen sichern die Attraktivität von Charlottenburg-Wilmersdorf zugleich als Wohn- und Wirtschaftsstandort, um Arbeitsplätze zu erhalten und den Lebensraum für Anwohnende sowie Besucherinnen und Besucher attraktiv zu halten und einladend zu gestalten.

Leitziel

Ein profiliertes Innen- und Außenmarketing trägt zur Stärkung des Standortes durch Sichtbarmachung der Alleinstellungsmerkmale und Stärken für wirtschaftspolitische und wirtschaftliche Vorhaben bei.

Maßnahmen

Die Marke „Charlottenburg-Wilmersdorf. Im Herzen Berlins ... mehr als Kurfürstendamm“ soll öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden, um die Identifikation mit dem Bezirk und den Auftritt der Region zu stärken. Die Initiierung und Begleitung von regionalen Netzwerken fördert Standortstärke und -profil. Investoren- und unternehmensfreundliche Anlaufstellen in der Verwaltung und die standortverträgliche Koordination der Belange der Unternehmen tragen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

Regionale Kooperationen der klein- und mittelständischen Unternehmen (KMUs) mit weiteren Akteuren - auch mit der Wissenschaft schaffen Raum für Synergien und innovative Unternehmensstrukturen. Die Förderung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern trägt zur Professionalisierung des Einstiegs bei. Von der Entwicklung und Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des regionalen Tourismus profitiert das breite Spektrum ansässiger Unternehmen. Eine weitere Stärkung des Wissenschaftsstandortes erfolgt durch die Vernetzung der Universitäten mit ansässigen Unternehmen. Der Einsatz für „Best-Practice-Modelle“, die Schaffung von Plattformen zum Wissenstransfer und „Lebenslanges Lernen“ stärken die regionale Wirtschaftskompetenz.

Das Bezirksamt hat sich mit den Einkaufsstraßen Kurfürstendamm/Tauentzienstraße und Wilmersdorfer Straße am Bund-Länder-Förderprogramm „Aktive Stadtzentren“ beteiligt.

9. Bildung

Analyse

Erziehung und Bildung sind heute zentrale Voraussetzungen für die individuelle wie die gesellschaftliche Zukunft. Der stete gesellschaftliche Wandel und die zunehmende Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verlangen nicht nur eine ständige Weiterentwicklung von Bildungsinhalten, sondern vor allem auch die Möglichkeit und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen. Unser heutiges Bildungssystem wird diesen Herausforderungen nicht im notwendigen Umfang gerecht: Noch immer bleiben zu viele junge Menschen ohne Schulabschluss oder beschränken sich auf eine Erstausbildung, zu Wenigen absolvieren ein Studium. Der Bildungserfolg hängt stark von der Herkunft ab. Unser Bildungssystem gewährleistet noch keine ausreichende Chancengleichheit; auch im internationalen Vergleich offenbaren sich Defizite.

Leitbild

Charlottenburg-Wilmersdorf versteht sich als profilierter Bildungs- und Wissenschaftsstandort im Land Berlin. Dieser Anspruch ist eine dauerhafte Herausforderung für alle kommunalen Handlungsfelder und eine Investition in die Zukunft des Bezirks.

Leitziele

- Charlottenburg-Wilmersdorf nimmt mit seiner vielfältigen Schullandschaft, seinen Hochschulen, aber auch durch seine Weiterbildungs- und Kulturangebote eine führende Funktion im Berliner Bildungssystem ein.
- Charlottenburg-Wilmersdorf versteht „Bildung“ als Standort- und Wettbewerbsfaktor und engagiert sich deshalb - unabhängig von formalen Zuständigkeiten und über die Kommunalpolitik hinaus - intensiv für „seine“ Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen.
- Das Zusammenleben einer großen Zahl von Menschen im verdichteten Stadt- raum erfordert Toleranz und soziale Kompetenz. Charlottenburg-Wilmersdorf versteht deshalb unter „Bildung“ nicht nur den Erwerb von Wissen, sondern fördert ebenso soziales und kulturelles Lernen.
- Alle Schülerinnen und Schüler im Bezirk erreichen einen anerkannten Schulabschluss, der größere Teil davon erwirbt die Hochschulzugangsberechtigung. Migrationshintergrund, soziale Herkunft und Geschlecht haben keinen Einfluss auf den Schulerfolg. Bildungsbenachteiligung wird durch ein frühzeitig einsetzendes Förderangebot ausgeglichen.
- Charlottenburg-Wilmersdorf engagiert sich zielgerichtet für die Qualifizierung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und versteht kulturelle Vielfalt als Potential für eine Stadt des Wissens.
- Sprache und Spracherwerb spielen eine zentrale Rolle in allen Bildungsbereichen. Charlottenburg-Wilmersdorf setzt deshalb auf Sprachförderung im Rahmen der Früherziehung ebenso wie auf Mehrsprachigkeit als Standardkompetenz bei Erwachsenen.
- Kindertagesstätten, Schulen und andere Bildungseinrichtungen sind mit ihrem Umfeld vielfältig verbunden. Sie beziehen die umgebende Lebenswelt in ihre An-

gebote ein und sind ihrerseits Ausgangs- und Mittelpunkt für Kultur- und Bildungsangebote im Stadtraum.

10. Kinder- und familienfreundlicher Bezirk

Analyse

Die Sicherung günstiger Lebensbedingungen für Familien mit Kindern ist heute zu einer komplexen Herausforderung insbesondere auch für die kommunale Familienpolitik geworden. Viele Studien bestätigen, dass die Familie nicht an Attraktivität verliert und Partnerschaft, Familie und Kinder für viele - auch junge - Menschen die gewünschte Lebensperspektive darstellen. Zwischen dem geäußerten Kinderwunsch und der tatsächlichen Geburtenrate besteht jedoch eine deutliche Diskrepanz. Kommunale Familienpolitik kann durch die Schaffung kinder- und familienfreundlicher sowie familienfördernder Maßnahmen dazu beitragen, dass sich diese Diskrepanz verringert. In Charlottenburg-Wilmersdorf ist nun wieder eine höhere Geburtenzahl festzustellen, im Jahr 2007 kamen mit 2446 Geburten 4,8% mehr Kinder zur Welt als im Durchschnitt der vorangegangenen Jahre. Ob dieser Trend anhält oder nur eine kurzfristige Schwankung zu sehen ist, wird sich in den nachfolgenden Jahren zeigen und bedarf der Beobachtung.

Leitbild

Charlottenburg-Wilmersdorf versteht sich als familien- und kinderfreundlicher Bezirk. Dieser Anspruch ist eine dauerhafte Herausforderung für alle kommunalen Handlungsfelder und eine Investition in die Zukunft des Bezirks.

Leitziele

- In Charlottenburg-Wilmersdorf stehen Infrastrukturangebote für Familien (Kindertagesbetreuung, Schule, Freizeitangebote, kulturelle und sportliche Förderung) in bedarfsgerechtem Umfang zur Verfügung.
- In Charlottenburg-Wilmersdorf steht ausreichend familiengerechter und barrierefreier Wohnraum zur Verfügung.
- Das Wohnumfeld und die Verkehrsanbindung sind familiengerecht gestaltet.
- Mütter und Väter werden bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützt.
- Kindern und Jugendlichen stehen in Charlottenburg-Wilmersdorf von Anfang an gute und gleiche Bildungschancen zur Verfügung.
- Kinder und Jugendliche wachsen in Charlottenburg-Wilmersdorf gesund und gewaltfrei auf.
- Der Bezirk setzt sich dauerhaft für eine gelingende Balance von Erwerbstätigkeit und Familie ein, gleichermaßen für Mütter wie für Väter.
- Familien können auf die politische Willensbildung in Charlottenburg-Wilmersdorf wirksam Einfluss nehmen. Kinder und Jugendliche haben im Bezirk eine Stimme.
- Alle Verantwortlichen in Charlottenburg-Wilmersdorf wenden sich aktiv gegen jede Benachteiligung von Familien und Kindern.

11. Gesund und aktiv den Lebensabend gestalten in einem für alte Menschen lebenswerten Umfeld

Analyse

Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wohnen rund 63.500 Menschen (Stand: 31.12.2007, darunter 25.400 Männer/ 38.100 Frauen) der Altersgruppe 65 Jahre und älter. Sie repräsentieren einen Bevölkerungsanteil von 20,5 % an der Gesamtbevölkerung unseres Bezirks.

Bis zum Jahr 2020 wird der Anteil der alten Menschen im Bezirk auf etwa 22 % steigen. Es leben dann rund 66.600 ältere Menschen (darunter 8500 Migrantinnen und Migranten) in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Der Bezirk bietet für ältere und alte Menschen bezogen auf Mobilität, Wohnen, Freizeitgestaltung, Teilname am kulturellen Leben und Naherholung eine gute Infrastruktur, die allerdings der Pflege, kontinuierlichen Weiterentwicklung und Anpassung an sich veränderte Gegebenheiten bedarf.

Ein Indikator für einen lebenswerten Bezirk ist die bemerkenswert hohe Zahl der Hochaltrigen, darunter insbesondere der Bürgerinnen und Bürger im Alter von 100 Jahren und älter. Dies ist eine Bevölkerungsgruppe, auf die das Bezirksamt ein besonderes Augenmerk richtet. Die Zahl der Hochaltrigen hat sich im Laufe der vergangenen Jahre kontinuierlich erhöht. Noch stärker als im Seniorenalter ist das Geschlechterverhältnis in dieser Altersgruppe weiblich geprägt. Am Jahresende 2007 wohnten im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf 27 Männer und 134 Frauen, die in einem Alter von 100 Jahren und älter waren. Die ältesten zwei Einwohnerinnen im Bezirk haben derzeit das Alter von 108 Jahren erreicht.

Leitbild

Der alte Mensch muss in dieser wichtigen Phase des Lebens fest in die Gesellschaft eingebunden sein und seine Potentiale und Lebenserfahrung zum gegenseitigen Nutzen in das gemeinschaftliche Leben im Bezirk einbringen können. Die Grundlagen dafür sind im Bezirk schon überwiegend zu finden und es ist erklärte Absicht des Bezirksamtes, diese zu erhalten und weiter zu entwickeln. Der alte Mensch muss in allen Situationen des Lebensabschnitts wohlbehalten, gut versorgt und geschützt sein. Dies steht auf der Tagesordnung des Bezirksamtes und aller Partner im Bezirk, die sich um das Wohlergehen der alten Menschen in jeglicher Form kümmern.

Dem Bezirksamt ist sehr daran gelegen, operative und strategische Partnerschaften mit den im Bezirk vorhandenen Akteuren zu gründen und diese mit Leben zu erfüllen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Wohnen im Alter zu, das von öffentlicher und privater Hand vorgehalten, gestaltet und kontinuierlich entwickelt wird. Die Angebotspalette reicht von selbstbestimmtem Wohnen in der eigenen Häuslichkeit, z. B. einem Seniorenwohnhaus oder einer Wohngemeinschaft, bis hin zum Leben in einem Pflegeheim, in dem die Inanspruchnahme aller Pflegestufen möglich ist.

Im Bezirk gibt es eine Vielzahl von Seniorenwohnhäusern und Altenheimen, von der Residenz bis zum Hospiz, dazu viele Beratungs- und Koordinierungsstellen, bei denen sich alte Menschen Rat und Hilfe einholen können.

Auch das Freizeitangebot ist sehenswert und stellt eine Bereicherung für die in unserem Bezirk lebenden Seniorinnen und Senioren dar. Die Angebote werden von vielen alten Menschen gerne genutzt und bieten auch dem Personenkreis der Migrantinnen und Migranten ein weites Feld für Betätigung, kulturelles Erleben, Bildung und Sport.

Die Beteiligung der Seniorinnen und Senioren an Entwicklungen und Veränderungen im Bezirk wird unter anderem auch durch die Seniorenvertretung sichergestellt.

Die innovative Kraft, die aus der Lebenserfahrung unserer alten Menschen im Bezirk geschöpft werden kann, ist ein wichtiger Faktor beim gemeinsamen Gestalten des Lebens im Bezirk sowie auch Motor für interkulturelle und generationsübergreifende Begegnungen im Alltag. Wenn mit Eintritt der Rente eine Lebenserwartung von 30 Jahren möglich ist, muss diese Lebenszeit als Chance für den Bezirk aufgegriffen werden.

Für die nachfolgend genannten Ziele will sich der Bezirk zusammen mit seinen operativen und strategischen Partnerinnen und Partnern in den nächsten Jahren engagieren.

Leitziele

- Teilhabe an politischen Veränderungen mit der Perspektive des demografischen Wandels
- Förderung des freiwilligen Engagements und der bürgerschaftlichen Aktivitäten
- Teilhabe an Information und Kommunikation, Bildung, sozialem Leben und Kultur
- Zugang zu gesundheitsfördernden und gesundheitserhaltenden Angeboten und Maßnahmen
- Selbstbestimmte, von Respekt geprägte Versorgung mit Angeboten zur ambulanten und stationären Pflege sowie gemeinsamen Wohnformen
- freie Entfaltung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen
- Raum für interkulturelle und generationsübergreifende Begegnungen
- Integration von alten Menschen mit Migrationshintergrund
- altengerechte Infrastruktur, insbesondere im öffentlichen Nahverkehr
- Förderung der Mobilität im Alter
- Sicherheit vor Kriminalität
- menschenwürdiges Sterben unabhängig von wirtschaftlichen Verhältnissen

Maßnahmen

Der Bezirk wird in den nächsten Jahren die Entwicklung von alternativen Wohnformen für ältere und alte Menschen verstärkt begleiten und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten fördern. Dazu gehört auch die Förderung des landesübergreifenden fachlichen Austausches und Wissenstransfers.

Die begonnene Entwicklung der Seniorenfreizeitstätten hin zu an nachbarschaftlicher Arbeit orientierten Begegnungsstätten mit generationsübergreifenden Angeboten und multikultureller Ausrichtung wird fortgesetzt.

Die Förderung ehrenamtlicher Arbeit, die insbesondere auch älteren und alten Menschen zugute kommt, wird weiterhin durch öffentliche Veranstaltungen, wie dem Tag des Ehrenamtes und des Ehrenamtspreises, mit Nachdruck und großem Engagement verfolgt.

Auf der Grundlage von Evaluierungen der gesundheitlichen und sozialen Lage der Seniorinnen und Senioren im Bezirk können im Verbund mit Freien Trägern der Wohlfahrtspflege und anderen engagierten Kräften Initiativen zur Gesundheitsförderung konzipiert und umgesetzt werden. Die Aufbereitung und Verbreitung von zielgruppenorientierten Informationen über Wohn- und Pflegeangebote, Freizeiteinrichtungen, Beratungsangeboten u.v.m. wird weitergeführt und ausgebaut.

Partizipation

Die Einbindung der älteren und alten Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirks in relevante Entwicklungen auf kommunaler Ebene hat seinen festen Platz im Alltag. Die Seniorenvertretung ist ein funktionierendes, anerkanntes und manifestes Instrument der Beteiligung. Auch der Arbeit der Heimbeiräte in den Wohn- und Pflegeheimen kommt eine besondere Bedeutung zu. Für den Bezirk sind gerade das Engagement und das Erfahrungswissen der älteren und alten Bürgerinnen und Bürger Gewinn und Baustein für die Zukunft.

12. Energie- und Klimaschutzpolitik - Offen für neue Energie: Selbst erzeugen, intelligenter verwenden, weniger verbrauchen

Dieser Beitrag wird im Zusammenhang mit der Bearbeitung des BVV-Beschlusses „Erarbeitung eines Klimaschutzprogramms für Charlottenburg-Wilmersdorf“ (Drs. 0551/3) im Laufe dieser Wahlperiode erarbeitet. Dem Wunsch der BVV folgend, wird ein „Runder Tisch“ etabliert, dem neben Mitarbeitern der Verwaltung, Bezirksverordneten auch Vertreter der Umweltorganisationen und andere relevante Akteure angehören. Das Ergebnis soll zum einen als Selbstbindung der Verwaltung verpflichtend wirken, zum anderen bei anderen Akteurinnen und Akteuren Maßnahmen und Aktivitäten bewirken.